

Information gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen von Verfahren zur Stellenbesetzung



Vorbemerkung

Die Verbandsgemeinde Zell (Mosel) führt als kommunaler Arbeitgeber immer wieder Bewerbungsverfahren durch, die die Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere der sich bewerbenden Personen erforderlich machen. Im Zuge dessen werden zum einen Bewerberdaten für ein Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis sowie Daten von Personen in einem bereits bestehenden Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis (Bedienstete, einschließlich der Anwärter, Auszubildenden und Praktikanten) zu Zwecken der Personalgewinnung, -erhaltung, -bindung, -entwicklung und Ausbildung sowie der Entgelt- und Bezügezahlung verarbeitet.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Verbandsgemeinde Zell (Mosel)
Corray 1
56856 Zell (Mosel)
Tel.: +49 (0) 6542 701-0
E-Mail: vgzell@vg-zell.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Datenschutzbeauftragter der Verbandsgemeinde Zell (Mosel)
Corray 1
56856 Zell (Mosel)
Tel.: +49 (0) 6542 701-0
E-Mail: datenschutz@vg-zell.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Rahmen der Durchführung von Bewerbungsverfahren verarbeitet die Verbandsgemeinde Zell (Mosel) personenbezogene Daten im Einklang mit den aktuellen Bestimmungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO), dem Landesdatenschutzgesetz RLP (LD SG) sowie weiteren bereichsspezifischen landesrechtlichen Vorschriften. Insbesondere verarbeiten wir die v.g. Daten zur Erfüllung der uns obliegenden rechtlichen Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO) oder in den Fällen, bei denen die Verarbeitung für die Wahrnehmung von Aufgaben erforderlich ist, welche im öffentlichen Interesse liegen oder die Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt und eine Übertragung auf die Verbandsgemeinde Zell (Mosel) erfolgt ist (Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO). In allen Fällen erfolgt die Verarbeitung jedoch nur, soweit dies erforderlich ist.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung stellt § 20 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) i.V.m. Art. 88 DS-GVO dar. Sofern unsererseits besondere personenbezogene Daten für v.g. Zwecke erhoben werden, dürfen wir gemäß § 20 Abs. 3 LDSG diese dann verarbeiten, wenn dies zur Ausübung von Rechten erfolgt oder für der Erfüllung rechtlicher Pflichten aus dem Arbeits-, Beamtenrecht oder aus Gründen der Fürsorgeverpflichtungen durch den Arbeitsschutz, die Gesundheitsvorsorge oder der Arbeitsmedizin erforderlich ist. Die Verarbeitung erfolgt in den Fällen abweichend von Art. 9 Abs. 1 DS-GVO.

Sollten wir darüber hinaus Ihre Daten für einen Zweck verarbeiten wollen, den wir zuvor nicht aufgeführt haben, werden wir Sie bereits im Vorfeld entsprechend hierüber in Kenntnis setzen. Für diesen Fall werden wir sodann Ihre Einwilligung i.S.d. Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO einholen.

4. Kategorien von personenbezogenen Daten

Es werden insbesondere die nachstehenden Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeitet:

- Vor- und Nachname
- ggf. Titel
- Geschlecht
- Geburtsdatum und Ort
- Nationalität
- Adresse, Telefonnummer
- Steuernummer, Identifikationsnummer, Rentenversicherungsnummer
- E-Mail-Adresse
- Gesundheitsdaten
- Familienstand, Kinder- und Familienzugehörigkeit
- qualifikationsbezogene Daten
- Bankverbindung
- Gehalts- u. Bezügedaten
- Lichtbilder
- Arbeitszeiterfassungsdaten
- Nebenbeschäftigungen

5. Empfänger der personenbezogenen Daten

Auf die von uns erhobenen personenbezogenen Daten haben nur die jeweiligen personalverantwortlichen Mitarbeiter sowie der in das Auswahlverfahren einbezogene Fachbereich/das in das Auswahlverfahren einbezogene Sachgebiet und, soweit gesetzlich vorgeschrieben, die jeweilige Interessenvertretung und die Gleichstellungsbeauftragte Zugriff. Weitere Übermittlungen erfolgen nur dann, wenn Sie dem zuvor zugestimmt haben oder eine Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

6. Übermittlung in ein Drittland

Aktuell übermitteln wir keinerlei Daten an Drittstaaten. Auch ist eine künftige Übermittlung durch die Verbandsgemeinde Zell (Mosel) nicht geplant.

7. Dauer der Speicherung

Für die maßgebliche Dauer der Aufbewahrung sind vorrangig spezielle Aufbewahrungs- bzw. Löschfristen (z.B. des LBG, des TVöD, des LDSG usw.) zu anzuwenden. Als Orientierung bedient sich die Verbandsgemeinde Zell (Mosel) auch der Empfehlung des Gutachtens der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement). Darüber hinaus speichern wir Ihre personenbezogenen Daten nur solange dies für die Erfüllung unserer Aufgaben notwendig und zulässig ist.

8. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.
Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten von Ihnen zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).
Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

9. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Nach Art. 7 Abs. 3 DS-GVO haben Sie das Recht, aus persönlichen Gründen jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Wir können Ihrem Widerspruchsrecht nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, welches Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegt, eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung der Daten verpflichtet oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient (Art. 21 DS-GVO). Die Einwilligung ist gegenüber der Stelle zu widerrufen, gegenüber der sie zuvor erteilt wurde.

10. Beschwerderecht

Sie haben das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Telefon: +49 (0) 6131 - 2082449, poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.